

Kommentar zum zweiten Bericht zur Umsetzung des Berliner Aktionsplans zur Einbeziehung ausländischer Roma

Seit 2013 gibt es eine politisch-behördliche „Sonderbehandlung“ von Roma in der sich als so weltoffenen darstellenden Stadt Berlin, die sich „Berliner Aktionsplan zur Einbeziehung ausländischer Roma“ nennt. Dieser stellt eine Bündelung ganz unterschiedlicher Maßnahmen und Angebote dar, die sich in heterogener Weise auf die Thematik „Roma als Bürger/innen der Stadt Berlin“ beziehen. Berlin selbst sieht sich damit in einer Vorreiterrolle und „verkauft“ diesen Plan als innovativ und vorbildhaft im Umgang mit dem sogenannten europäischen „Roma-Problem“.

Nicht nur der Bericht 2017, sondern auch die tagtäglichen Erfahrungen in unserer Arbeit zeigen, dass vom Aktionsplan finanzierte Maßnahmen nur punktuell dazu beitragen, die Situation von Angehörigen der ganz unterschiedlichen Sinti/Roma-Communities in Berlin zu verbessern. Vielmehr sind die Hauptprobleme von eingewanderten Roma in der Stadt unvermindert vorhanden: ein alltäglicher und gewaltvoller Rassismus, prekäre Wohn- und Arbeitsverhältnisse, behördliche Schikanen, Chancenungleichheit im Bildungswesen und nicht zuletzt: eine fehlende Partizipation auf politischer Entscheidungsebene.

Wir, Organisationen von Sinti und Roma in Berlin, die seit Jahren in dieser Stadt aktiv sind, kritisieren den Aktionsplan und seinen Entstehungsprozess von Beginn an, vor allem in seinem grundsätzlichen Ansatz. Unsere Arbeit, die wir zum Teil innerhalb dieser Struktur leisten, ist nur der berühmte Tropfen auf den heißen Stein, sie wird wenig wertgeschätzt und wie der zweite Bericht zeigt, sogar z.T. von behördlicher Seite offen angegriffen. Wir fordern die Politik dringend zur Abkehr von dieser ausgrenzenden Praxis aus folgenden Gründen auf:

- **Die gruppenbezogene Bezeichnung einer Maßnahmenbündelung stellt eine Form der Segregation dar, die gleichzeitig mit einer Ethnisierung sozialer Problemlagen per se einhergeht.**

Wir lehnen keinesfalls soziale Arbeit als gesellschaftliches Betätigungsfeld oder Grundrechte auf soziale Versorgung sowie pädagogische Betreuung von und für Sinti und Roma ab, denn Bürger- und Menschenrechte sind unteilbar. Wir wenden uns jedoch deutlich gegen einen Aktionsplan, der das Wort „Einbeziehung“ im Titel führt und dann schwerpunktmäßig die „Lösung sozialer Probleme“ thematisiert. Ein gedanklicher Austausch des Wortes „Roma“ mit beispielsweise „Russlanddeutschen“ oder einer anderen Bevölkerungsgruppe macht die Absurdität deutlich. Wir halten die Ethnisierung von sozialen Problemen wie z.B. Armut, Prostitution und häuslicher Gewalt und den daraus resultierenden Maßnahmen für falsch. Der Zusammenhang mit Roma basiert hierbei auf Stereotypen. (vgl. auch die dementsprechenden Erklärungen vom Amaro Foro e.V. und dem Romano Bündnis aus dem Jahr 2013 - <http://www.amaroforo.de/pressemitteilung-%C3%BCber-berliner-aktionsplan-zur-einbeziehung-ausl%C3%A4ndischer-roma;>

<https://inirromnja.wordpress.com/2013/09/08/position-des-romano-bundnis-berlin-zum-berliner-aktionsplan-zur-gegen-die-einbeziehung-auslandischer-roma/>)

- **Der Aktionsplan konterkariert seine eigenen Ziele. Mit der Schwerpunktsetzung auf die soziale Arbeit, die zur Regelversorgung der Stadt gehört und der Vernachlässigung und Unterfinanzierung der Bereiche „Bekämpfung und Abbau von Rassismus gegen Sinti und Roma“ und „Stärkung der Roma-Communities“**

können die vorhandenen rassistischen Strukturen nicht wirksam verändert werden.

Die Veränderung der mit Rassismus einhergehenden sozialen Problemlagen von Menschen kann nur durch Veränderung der bestehenden Strukturen, durch Aufklärung, politische Partizipation und Empowerment angegangen werden. Aus der von Amaro Foro e.V. erstellten und durch das Aktionsplanbudget finanzierten Dokumentation rassistischer Vorfälle gegenüber Roma und Sinti in Berlin wird deutlich, dass es sich in der Mehrheit um behördliche Schikanen handelt bzw. um Polizeigewalt gegen Sinti und Roma (vgl. <http://amaroforo.de/sites/default/files/files/Dokumentation%20von%20antiziganistisch%20motivierten%20Vorfall%3%A4llen%20und%20Medienmonitoring-2015.pdf>)

Auch die Stellungnahme des Bezirks Neukölln bezeugt eine in der Tendenz feindliche Haltung gegenüber Roma und Sinti. (vgl. zweiter Bericht, S. 72-79) Hier werden Roma u.a. kriminalisiert, als Profitierende des Sozialsystems, als bildungs-, arbeits- und damit anpassungsunwillig dargestellt. Neukölln stellt hier sogar die Sinnhaftigkeit von Community-Building grundsätzlich in Frage.

Wir fragen: Wie kann die Partizipation von Roma gelingen, wenn die strukturellen und personellen Bedingungen in den Berliner Behörden dies verdeckt bis ganz offen verhindert?

Wir fordern daher:

- Der Segregation und damit tendenziell Ausgrenzung bedingende Aktionsplan muss in seinen Elementen, die die soziale und medizinische Regelversorgung von Menschen betreffen, in diese überführt werden!

Ja! zu menschwürdiger Versorgung, Nein! zu deren Ethnisierung!

- Es sollte in den Bezirken eine lokale und zielgruppenspezifische Anpassung der Hilfen geben, die die Betroffenen und ihre Selbstorganisationen partizipiert. (vgl. auch Empfehlungen des AK der EVZ: https://www.stiftung-evz.de/fileadmin/user_upload/EVZ_Uploads/Handlungsfelder/Handeln_fuer_Menschenrechte/Sinti_und_Roma/Arbeitskreis_Bildung/EVZ_Bildungsteilhabe_online.pdf)

Roma und Sinti sind nicht herkunftsbezogen gewalttätig, krank oder schuldistanziert, aber Roma/Sinti werden herkunftsbezogen stigmatisiert und diskriminiert!

- Der bestehende Aktionsplan Roma sollte nicht evaluiert, sondern vielmehr in einen Aktionsplan zur Bekämpfung von Rassismus gegen Sinti und Roma und zur Partizipation aller Roma/Sinti-Communities in der Stadt umgewandelt werden.

Nur so kann eine zivilgesellschaftliche Roma-Community in der Stadt wachsen! Wir brauchen viel mehr und viel mehr diverse Ansprechpartner/innen für Verwaltung, Politik und selbstverständlich für die Mitglieder der verschiedenen Roma/Sinti-Communities in Berlin.